

V10

V10-041

Beschlossen: 12.04.2026

Initiator*innen: V10: KV Dortmund, KV Bochum (dort beschlossen am: 31.03.2026)
V10-041: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW (dort beschlossen am: 07.04.2026)

Titel: **Kein Einzelfall – Für eine machtkritische und diskriminierungsfreie Polizei in NRW**

Antragstext

Wenn das System tötet

Der Tod von George Floyd in den USA löste weltweit Proteste aus, doch auch in Deutschland ist tödliche Polizeigewalt bittere Realität. Fälle wie die tödlichen Schüsse auf Lorenz A. in Oldenburg 2025 oder der Fall des 16-jährigen Mouhamed Dramé 2022 in Dortmund zeigen: Gewaltanwendung ist kein „Ausrutscher“, es ist ein strukturelles Problem, das durch mangelnde Fehlerkultur und fehlende unabhängige Kontrolle begünstigt wird und inzwischen tief im polizeilichen Handeln verankert ist.

Während bei Lorenz A. und George Floyd rassistische Strukturen tödliche Folgen hatten, verdeutlicht der Fall Dramé zusätzlich das fatale Versagen im Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen. Wenn die Polizei mit Maschinenpistolen auf suizidale Jugendliche reagiert, ist das kein Schutz, sondern ein Systemfehler!

Struktur vor Einzelfall

Die Polizei nimmt für den Staat das Gewaltmonopol wahr, doch in der Praxis wird diese „Lizenz zur Gewalt“ oft normalisiert.

- 18 • **Struktureller Rassismus:** Rassistisch markierte Menschen werden häufiger
19 kontrolliert und erleben öfter rechtswidrige Gewalt.

- 20 • **Das Korpsgeist-Problem:** Ermittlungen gegen Polizist*innen scheitern meist
21 an der gegenseitigen Deckung und der Nähe zwischen Staatsanwaltschaft und
22 Polizei. Nur rund 9 % der Betroffenen erstatten überhaupt Anzeige, weil
23 sie kein Vertrauen in das System haben

- 24 • **Rechte Netzwerke:** Chatgruppen mit verfassungsfeindlichen Inhalten und
25 Verstrickungen in Netzwerke wie „Hannibal“ zeigen, dass extrem rechte
26 Einstellungen in der Polizei ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko darstellen.

- 27 • **Digitale Diskriminierung:** Durch den Einsatz von Analysesoftware wie
28 Palantir droht eine automatisierte Festschreibung von Vorurteilen
29 (Predictive Policing), die vor allem marginalisierte Gruppen trifft.

30 31 **Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend NRW soll** 32 **beschließen:**

33 Unsere Forderungen für NRW:

34 Wir fordern eine grundlegende Transformation der Polizeiarbeit in Nordrhein-
35 Westfalen.

36 Die Umsetzung dieser Punkte ist eng mit der kommenden Landtagswahl verknüpft.
37 Wir setzen uns als GJ NRW für eine grundlegende Transformation der Polizei ein
38 und werden diese Forderungen mit Nachdruck in die anstehenden Verhandlungen
39 einbringen. Denn wir brauchen eine Polizei, die niemanden ausschließt und
40 Sicherheit für alle garantiert.

- 41 1. **Unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstellen:** Wir fordern die
42 Besetzung der Stelle der/des unabhängigen Polizeibeauftragten am Landtag
43 Nordrhein-Westfalen, die unabhängige, weisungsfreie und eigenständige
44 Ermittlungen bei Vorwürfen von Fehlverhalten oder Straftaten bei
45 Polizeibeamten durchführen kann.

- 46 2. **Multidisziplinäre Krisenintervention:** Bei Einsätzen in psychischen
47 Ausnahmesituationen müssen soziale, psychiatrische und medizinische
48 Fachkräfte den Lead übernehmen. Die Polizei sollte hier nur im absoluten
49 Notfall und unterstützend tätig werden und im Fall von Einsätzen mit
50 psychisch erkrankten Personen ohne Maschinenpistolen und Taser auftreten

- 51 3. **Schluss mit Racial Profiling:** Wir fordern die Abschaffung von §12 Abs. 1
52 Nr. 2 PolG NRW, der „gefährlichen Orte“, die polizeiliche Willkür und
53 rassistische Kontrollen legitimieren.
- 54 4. **Verpflichtende Kennzeichnung & Transparenz:** Einführung einer
55 flächendeckenden, individuellen Kennzeichnungspflicht für alle
56 Polizeikräfte.
- 57 5. **Machtkritische Ausbildung:** Lehrpläne müssen verpflichtende Module zu
58 Ethik, Rassismuskritik und der historischen Rolle der Polizei enthalten.
- 59 6. **Perspektivwechsel in der Kommunikation:** Die Öffentlichkeitsarbeit der
60 Polizei muss neutraler werden. In der Berichterstattung muss die
61 Perspektive von Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Beobachter*innen
62 gestärkt werden, um das Narrativ der „unfehlbaren Polizei“ zu brechen.
- 63 7. **Verbot diskriminierender Software:** Wir lehnen den Einsatz von Softwares
64 der Firma Palantir und ähnlichen, auch europäischen alternativ Tools ab,
65 die auf rassistischen Daten basieren und Grundrechte gefährden.
- 66 8. **Ressourcen umverteilen:** Wir setzen uns für eine Umschichtung von
67 Polizeimitteln hin zu präventiver Sozialarbeit, Community-Projekten und
68 unabhängiger Opferberatung ein.
- 69 9. **Verpflichtende Bodycams:** Wir fordern den flächendeckenden Einsatz von
70 Bodycams, die bei jedem Einsatzkontakt verpflichtend eingeschaltet werden
71 müssen. Sie dienen der objektiven Beweissicherung und müssen insbesondere
72 Betroffenen von Polizeigewalt zugänglich gemacht werden, um die
73 Aufarbeitung rechtswidriger Gewalt zu ermöglichen. Hierbei soll ein
74 Revisionsrecht für Betroffene gelten. Aufnahmen dürfen nicht willkürlich
75 gelöscht werden und nicht zur Gesichtserkennung eingesetzt werden.
- 76 10. **Unabhängige Studie:** Es wird eine unabhängige Studie zu den ideologischen
77 Einstellungen von Polizeibeamt*innen erstellt, die sich insbesondere auf
78 Rassismus und Rechtsextremismus fokussiert.

Begründung

Quelle der Statistiken: <https://www.rosalux.de/news/id/54164/die-polizei-und-ihre-lizenz-zur-gewalt>